

V0250/21

Weiterführung des Zuschusses an das AUDI Konfuzius-Institut Ingolstadt
(Referent: Herr Engert)

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 01.07.2021

Die ÖDP-Stadtratsgruppe schließt sich dem damaligen Antrag der FDP-Stadtratsgruppe an, gibt Stadtrat Over bekannt. Ihm ist wichtig zu betonen, dass es bei der Sache nicht um Geld gehe. Er hat das Gefühl, man spreche hier über trojanische Pferde, so Stadtrat Over. Wenn die große Politik nicht in der Lage oder Willens sei, große Zeichen zu setzen, dann möchte er, dass die Kommunalpolitik in Ingolstadt ein kleines Zeichen setzt. In seinen Augen dürfe die Audi AG und die THI das Konfuzius-Institut gerne weiterhin unterstützen. Angesichts der geopolitischen und politischen Situation werde die ÖDP-Stadtratsgruppe definitiv dagegen stimmen, so Stadtrat Over.

Das Konfuzius-Institut sei ganz klar eine Institution, die von der Partei finanziert werde, pflichtet Stadträtin Volkwein bei. Das Institut sei Teil des Einflusses und Propagandaapparats der kommunistischen Partei Chinas. Für sie spanne sich jetzt auch noch ein undemokratischer Bogen. Dieser beginne beim Dalai Lama in Tibet, gehe weiter zu den Uiguren bis hin zur heutigen Presse- bzw. Nicht-Pressefreiheit in Hongkong. Stadträtin Volkwein weist daraufhin, es gebe Universtitäten wie z.B. die Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf, welches zwar 2006 ein Institut an ihrer Uni gegründet, aber im April 2020 aus guten Gründen wieder verabschiedet habe. Ebenso habe die Universität Trier ihre Kontakte eingestellt, nachdem weitere Professoren massiv unter Druck gesetzt worden seien. Stadträtin Volkwein appelliert an die Ausschussmitglieder, mit der Bezuschussung aufzuhören.

Stadträtin Krumwiede schließt sich inhaltlich ihren Vorrednern an. Die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen moniert, dass in der Beschlussvorlage der Verwaltung ausschließlich warme Worte zum Konfuzius-Institut zu lesen seien. Man finde kein Wort der Kritik. Selbstverständlich halten sich die Konfuzius-Institute in Deutschland an unsere Gesetze, in China dagegen werden jedoch die Uiguren unterdrückt, in Lager gesteckt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Die Konfuzius-Institute seien ein Propaganda-Instrument der chinesischen Regierung. Es gehe um mehr als um Tee-Zeremonien und kulturellen Austausch, bekräftigt Stadträtin Krumwiede. Nach ihren Worten ließ der Staats- und Parteichef Xi Jinping 2018 im Staatsfernsehen verkünden, dass die Institute dem Aufbau einer sozialistischen Kultur und Diplomatie chinesischer Prägung diene. In ihren Augen vermittele dies ein Bild der Konfuzius-Institute im Sinne der Kommunistischen Partei. Stadträtin Volkwein erörtert, die chinesische Regierung habe eine ideologisch propagandistische Zielsetzung und stehe im Fokus der Kritik. Auch die Bundesregierung warnt, die Institute seien Instrumente in Chinas Soft-Power-Strategie. Ganz besonders problematisch findet die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Konfuzius-Institute in Deutschland direkt an Universitäten angesiedelt seien. Hauptsponsor in Ingolstadt ist die THI. Mit der THI und der Uni Eichstätt gebe es Kooperationen. Stadträtin Krumwiede informiert, dass andere Länder bereits reagiert haben und dies anders handhaben. Das Konfuzius-Institut in Brüssel sei nach Spionage-Vorwürfen geschlossen worden. In Schweden, der Schweiz und der Niederlanden sollen Universitäten ihre Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Institut eingestellt haben. Die Grünen kritisieren, dass hierüber kein Wort in der Beschlussvorlage steht. Sie sind strikt gegen eine Fortsetzung der städtischen

Zuschüsse für das Audi Konfuzius-Institut und werden die Vorlage ablehnen, teilt Stadträtin Krumwiede mit.

Stadträtin Hagn bestätigt, auch die Ausschussgemeinschaft FDP/JU sehe es nicht als Aufgabe der Stadt dem Konfuzius-Institut diese weitere Förderung zukommen zu lassen. Wenn die Audi AG das weiterbetreiben möchte, mögen sie das tun, aber auch sie denken, dass man den städtischen Zuschuss nicht mehr weitergewähren sollte. Deswegen werden sie der Vorlage nicht zustimmen, so Stadträtin Hagn.

Stadtrat Reibenspieß trägt vor, die FW-Stadtratsfraktion werden ebenfalls nicht für die Weiterführung des Zuschusses stimmen. Gründe seien bereits genügend genannt worden.

Stadtrat Dr. Schuhmann sagt, ihm sei bewusst, was in China an weiterer Verschlechterung passiere. Trotzdem hält er den Vorschlag der Verwaltung für vertretbar. Nach seinen Aussagen soll eine gemeinsame konzentrierte Aktion mit anderen Städten erfolgen. In zwei Jahren wolle man mit der Bezuschussung aufhören. Dies habe der Oberbürgermeister in der SPD-Fraktionssitzung mitgeteilt und sei auch vom Kulturreferat so kolpolitiert worden. Dadurch sei seines Erachtens der Eindruck auf China unter Umständen größer, als ein Austritt einer einzelnen Stadt. Deswegen könne Stadtrat Dr. Schuhmann trotz Bauchschmerzen den vertretbaren Gründen der Verwaltung zustimmen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll versteht die Verwaltungsvorlage mehr als Exit-Strategie als eine Weiterführung zusammen mit der Audi AG.

Die CSU-Stadtratsfraktion lehne den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft grundlegend auch ab, äußert Stadtrat Dr. Schickel. Trotzdem halten sie den Vorschlag der Verwaltung für einen tatsächlich gangbaren Kompromiss sowie einer guten Exit-Strategie.

Herr Engert sagt, das Thema sei ein sehr zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite beziehe man einen großen Teil unseres Wohlstandes aus China und auf der anderen Seite stehe dort deutlich eine verschlechterte Situation, wo man das Bedürfnis habe, ein Zeichen zu setzen. Die Verwaltung habe auf diese Diskussionen mit einer Begrenzung des Zuschusses auf zwei Jahre reagiert. Herr Engert hält dies für eine faire Maßnahme, auch der THI und Audi AG gegenüber. Es schaffe ein Zeitfenster, in dem sich das Konfuzius-Institut neu strukturieren und überlegen kann, ob sie eine eigene Finanzierung auf die Beine stellen müssen. Zudem beinhalte die Verwaltungsvorlage die Herstellung einer Übergangs- und Exitsituation, welche auch der THI entgegenkomme, da diese unbedingt an diesem Institut festhalten möchte. Weiter nimmt Herr Engert Anstoß an den genannten Beispielen der ausgestiegenen Städte. Nach seinen Worten gebe es auch Städte wie z.B. Heidelberg, welche entschieden haben, am Konfuzius-Institut festzuhalten. Insofern gebe es immer zwei Seiten bei der Diskussion. Diesen beiden Seiten wolle die Verwaltung mit dem Vorschlag der zwei Jahre unter Berücksichtigung des Aussteigens, gerecht werden.

Stadtrat Over sagt, sein Mitleid für das Konfuzius-Institut in Ingolstadt neue Geldgeber zu finden, halte sich arg in Grenzen. Wenn Ingolstadt so eine Macht hinter sich stehen hätte wie das Konfuzius-Institut mit der chinesischen Volksrepublik, könnte Ingolstadt 13 Stadttheater bauen, so Stadtrat Over.

Herr Engert entgegnet, es gehe nicht um Mitleid, sondern um den Umgang miteinander. An Stadtrat Over gerichtet, im Hinblick auf seine Aussage zum "Trojanischen Pferd" merkt Herr Engert an, Ingolstadt sei nicht Troja, welches bald von den Chinesen gekapert werde. Ingolstadt sei durchaus in der Lage zu sortieren, was dort geschehe und sich entsprechend selbstbewusst zu verhalten.

Gegen 6 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.